



Ismet Tekim (Mitarbeiter im Döner-Imbiss) spricht während der Demonstration in Halle. Foto: dpa

## ALLEINGELASSEN MIT DER GEWALT: ROJAVA UND HALLE

Am 9. Oktober 2019 ist die türkische Armee in Nordsyrien einmarschiert und hat damit erneut einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen. Schon wenige Tage nach der militärischen Invasion liegen Berichte über Kriegsverbrechen, ethnische Vertreibungen und Zwangsdeportationen aus der Türkei in die Kriegszone vor. Uns schmerzt die Unverfrorenheit, mit der westliche Politiker\*innen diese tragische Entwicklung hinnehmen. Sie lassen Erdoğan's Armee, ausgerüstet mit deutschen Waffen, über die kurdische Bevölkerung Tod und Verderben bringen. Denn es ist allzu klar – das Erdoğan-Regime hat von der EU, speziell von Deutschland, keine scharfen Reaktionen zu befürchten: Zu wichtig ist das schändliche Flüchtlingsabkommen mit der Türkei als Türsteher Europas, zu eng sind die Wirtschaftsbeziehungen, zu strategisch bedeutsam Erdoğan's NATO-Armee und der dazugehörige Absatzmarkt für deutsche Waffen. Menschenrechte und Völkerrecht verkommen hier zu bloßen Worthülsen.

Zeitgleich mit den Nachrichten über den Einmarsch in Rojava wurde bekannt, dass in Halle zwei Menschen durch Schüsse ermordet worden waren.

Der Täter hatte ein Massaker in der örtlichen Synagoge anrichten wollen. Als dies allein wegen einer fest verriegelten Eingangstür fehlschlug, hatte er gezielt andere Opfer gesucht. Seine Taten streamte er live ins Internet und bekannte sich dabei offen zu seiner rassistischen und antisemitischen Gesinnung.

---

*„Wieviel Toleranz nach rechts ist genug, Herr Joachim Gauck?*

*Sollen wir uns für die feste, abschließende Tür der Synagoge in Halle entschuldigen? War das ausgrenzend?“*

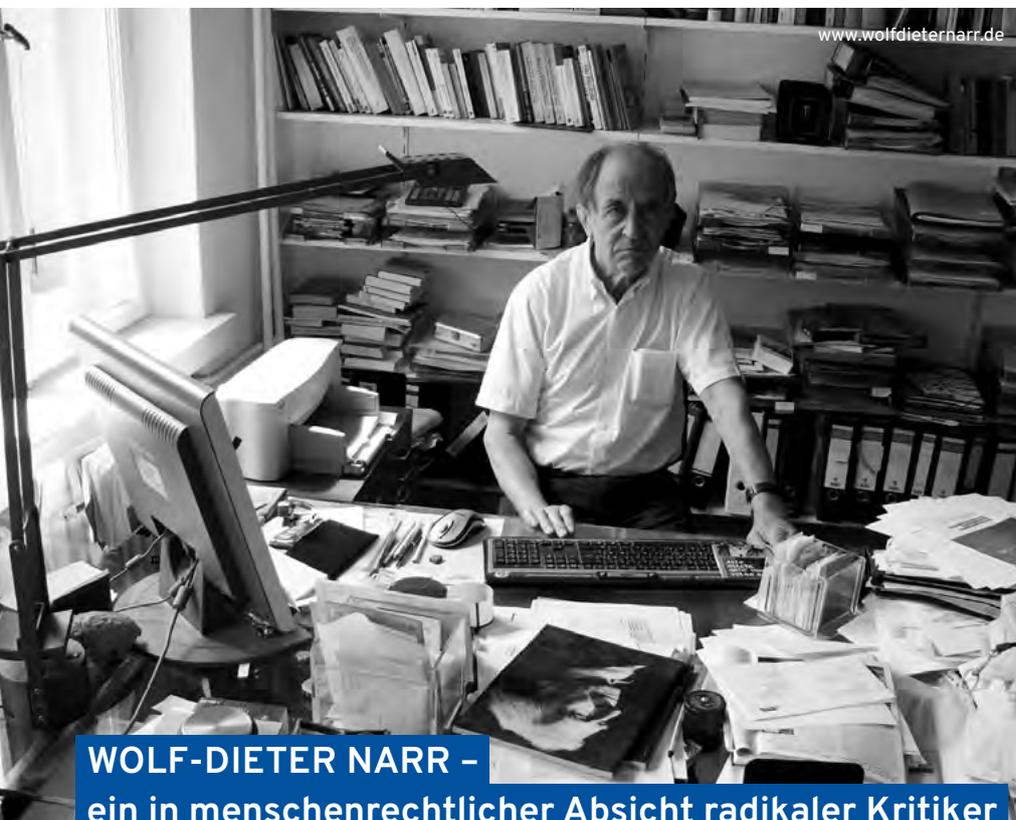
*Dmitrij Kapitelman*

---

Die Reaktionen aus dem medial vermittelten Politikbetrieb auf die Morde überboten sich teils in Belanglosigkeiten. Man sprach realitätsfern von „Alarmzeichen“, aber zu den gesellschaftlichen Produktionsbedingungen des mörderischen Antisemitismus kaum ein Wort. Keine Selbstreflexion über den mitgeschaffenen Nährboden der mörderischen Ideologien. Es schien, als würden all die Hinweise derjenigen, die

seit Jahren dem zunehmenden Rassismus und Antisemitismus ausgesetzt sind, erst im Angesicht dieser absehbaren Katastrophe wahrgenommen. Nun gerät selbst der konservative Politbetrieb in Bewegung, verbleibt jedoch in seiner Logik immer weiter zu verschärfender Überwachung und Versicherunglichung.

Um aber künftige Opfer vor rechter Gewalt zu schützen, bräuchte es mehr als abgeklärte Beileidsbekundungen, institutionalisiertes Entsetzen und die kontraproduktive Ausweitung von Verfassungsschutzbefugnissen. Es bedürfte eines politischen Willens, dort genau hinzuschauen, wo und wie der Hass gesellschaftlich geformt wird, um ihm etwas Wirksames entgegensetzen zu können. Das finge damit an, das feierliche Bekenntnis zur Menschenwürde endlich ernst zu nehmen, und dafür die materiellen und gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Ins Zentrum der politischen und gesellschaftlichen Debatten gehörte die Frage, wie sich trotz vermeintlich bewältigter Vergangenheit, Rassismus und Antisemitismus haben so ausbreiten können. Wer nun lediglich mit dem Zeigefinger auf die AfD weist, auf den weisen drei Finger zurück.



## WOLF-DIETER NARR – ein in menschenrechtlicher Absicht radikaler Kritiker bundesdeutscher Verhältnisse ist tot!

### Wir trauern um den Mitbegründer des Komitees für Grundrechte und Demokratie, Wolf-Dieter Narr.

Wolf-Dieter Narr, wohl einer der wichtigsten kritischen Intellektuellen des Nachkriegsdeutschlands, ist am Samstag, den 12. Oktober 2019, in Berlin nach langer und schwerer Krankheit gestorben. Impulsgebend für sein lebenslanges politisches Engagement war seine auch biographisch begründete radikale Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus. Seine Sensibilität für gesellschaftliche Verhältnisse, in denen Menschen erniedrigt, am aufrechten Gang gehindert, in ihrer körperlichen Unversehrtheit oder gar in ihrer physischen Existenz bedroht werden, ist auch der ständigen Präsenz der Opfer des Nationalsozialismus in seinem Denken und Fühlen geschuldet. Das „Nie wieder!“ nahm er ernst: Verhältnisse mit zu schaffen, die solche Herrschaftsabgründe nicht mehr zulassen.

Wolf-Dieter Narr lehrte von 1971 bis 2002 als Professor für empirische Theorie der Politik am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin und hat Generationen von Studierenden in ihrem beruflichen sowie politisch intellektuellen Werdegang kritisch begleitet und unterstützt. Ein lernender Hochschullehrer mit großem Herzen.

Als akademischer Lehrer, stets emanzipatorisch praktisch orientiert, hat er viele Organisationsversuche der außerparlamentarischen, undogmatischen Linken in der Bundesrepublik Deutsch-

---

*„Menschen sind von sich aus  
fähig zu gegenseitiger Hilfe,  
zu sozialer und zu  
politischer Organisation.“*

*Wolf-Dieter Narr*

---

land begleitet, u.a. das Sozialistische Büro seit 1969 sowie das Komitee für Grundrechte und Demokratie, das er vor vierzig Jahren 1980 mitbegründete und das er über viele Jahre als Sprecher wirkungsvoll vertreten hat. So oft er konnte, mischte er sich wortmächtig in die bundesrepublikanischen Verhältnisse ein, kritisierte sie und legte ihre demokratischen sowie menschenrechtlichen Defizite offen. Zu seiner herrschaftskritischen Haltung gehörte auch die Gründung des „Instituts für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit“ 1978 und dessen Zeitschrift „Bürgerrechte & Polizei (CILIP)“, die Berichte, Analysen, Nachrichten zu den Themen Polizei, Ge-

heimdienste, Politik der „Inneren Sicherheit“ und Bürger- und Bürgerinnenrechte herausgibt.

Zugleich sind viele praktisch demonstrative Initiativen von ihm mit ausgegangen: die bis heute unternommenen Demonstrationsbeobachtungen, um die Deutungshoheit über das Versammlungsgeschehen nicht der Polizei und den Medien zu überlassen (bspw. 2007 in Heiligendamm und im Jahr 2013 bei Blockupy in Frankfurt/M.); der Volkszählungsboykott (1987), Protest und Bundestagsblockade gegen die Asylgrundrechtsdemontage (1993). Er unterstützte und initiierte viele weitere Aktionen von Platzbesetzungen bis zum Versuch, eine Abschiebehaftanstalt in Worms zu entzünden (1994) oder das Abschiebelager in Bramsche/Hesepe einer öffentlichen gewaltfreien Inspektion zu unterziehen (2005).

Wolf-Dieter Narr hat als Intellektueller, nimmermüder Pazifist und radikaler Humanist die Geschichte der sozialen Bewegungen in Deutschland tat- und wortkräftig mitgestaltet. Seine Leidenschaft galt auch der Weiterentwicklung einer kritischen und undogmatischen Sozialwissenschaft. Demokratie und Menschenrechte waren für ihn zwei Seiten einer Medaille. Wolf-Dieter Narr begriff Menschenrechte als emanzipatorische Menschheitsansprüche und -bedürfnisse, als „reale Utopien“, die Orientierung bei der Kritik herrschaftlich durchtränkter Verhältnisse zu geben vermögen. Davon zeugt eines seiner letzten umfangreichen Werke: „Trotzdem: Menschenrechte! Versuch, uns und anderen nach nationalsozialistischer Herrschaft Menschenrechte zu erklären.“ (2012) Dem Ziel, Menschen wirklichkeits- und urteilsfähig zu machen, galt sein lebenslanges politisches und wissenschaftliches Engagement.

■ Dirk Vogelskamp

Auf [www.wolfdieter.narr.de](http://www.wolfdieter.narr.de) finden sich alle Informationen über Wolf-Dieter Narr, sowie eine umfassende Bibliographie seiner Arbeiten und politischen Interventionen, die zum größten Teil auch online zugänglich sind.

Auf unserer Webseite sind die zahlreich bei uns eingegangenen und in anderen Medien veröffentlichten Nachrufe auf Wolf-Dieter Narr dokumentiert.

## „DENN WENN WIR GLAUBEN, DASS ALLES UTOPISCH IST, WIRD ES KEINE VERÄNDERUNG GEBEN.“

### Diesjährige Begegnungen im Projekt „Ferien vom Krieg“

Wie seit mittlerweile vielen Jahren blicken wir auch in diesem Herbst im Projekt „Ferien vom Krieg – Dialoge über Grenzen hinweg“ auf zahlreiche Begegnungen und Seminare mit Jugendlichen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien und mit jungen Erwachsenen aus Israel und Palästina zurück. Von April bis September fanden verschiedene Treffen im ehemaligen Jugoslawien mit Jugendlichen aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien statt. Und im August traf sich in der Nähe von Köln wieder eine Gruppe junger Frauen\* aus Israel, der palästinensischen Westbank und dem Gazastreifen zu zweiwöchigen intensiven Gesprächen; auch ein Seminar für alle Geschlechter fand erneut statt.



Gemeinsames Arbeiten in der Dialoggruppe

Wir geben im Folgenden Auszüge eines Gesprächs zwischen Yael R. (Name geändert), einer Teilnehmerin des Frauen\*seminars, und unserer Kollegin Tessa Pariyar (T.P.) wieder. Yael wuchs in einer religiös-konservativen Familie in der Nähe von Tel Aviv auf. Mit dem Konflikt und der Besetzung setzte sie sich zum ersten Mal während ihres Studiums auseinander.

**Yael R.:** (...) An meiner Uni war auch eine Palästinenserin aus Ostjerusalem. Ich erinnere mich, dass sie mir während des Krieges in Gaza Bilder und Videos zeigte, von dem, was dort passierte. Dies war das erste Mal, dass ich jemanden hörte, der die Worte Widerstand und Aktivisten anstatt Terroristen und Terroranschläge verwendete. Das hat



Diskutieren über Aktivismus und Follow up nach dem Seminar. Fotos: Ferien vom Krieg

mich sehr verändert. (...) Sie sagte mir: „Eine wahre Freundschaft ist eine, in der du ehrlich alles über dich erzählen kannst. (...) Wenn wir Politik ausklammern und nicht darüber sprechen, ist dies keine echte Freundschaft.“ (...)

**T.P.: Was war deine Motivation, zum Seminar zu kommen?**

**Y.R.:** Vor dem Seminar hatte ich das Gefühl, dass ich den Konflikt zwischen Palästinensern und Israel meide (...) Bisher war mir das zu kompliziert und hat mich verwirrt, denn einerseits bin ich für Menschenrechte für alle Menschen, Palästinenser\*innen gleichermaßen, aber andererseits lebt der größte Teil meiner Familie in Siedlungen auf palästinensischem Territorium. Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser\*innen ist ein sehr schmerzhaftes Thema in Israel. Im Seminar wollte ich mich der politischen Situation stellen, tief eintauchen, auch emotional, die Geschichten von Menschen aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen hören, um mich dann aus eigener Überzeugung zu engagieren.

**T.P.: Welche Erfahrungen hast du während des Seminars hier gemacht?**

**Y.R.:** (...) Ich bin sicher, dass wir zusammen einen sehr bedeutenden Prozess durchlaufen haben und dass wir alle darüber ein bisschen schockiert sind, auf positive Weise. Denn anfangs gab es einige Konflikte innerhalb der Gruppe. Manche Frauen beispielsweise fühlten sich nicht frei, sich zu äußern, denn wir haben unterschiedliche Meinungen und haben verschiedene Hintergründe. (...) Nachdem wir unsere Erzählungen, unseren Schmerz und unsere Ängste geteilt hatten, spürte ich, dass

ein sicherer Raum entstanden war, um auch sehr harte Fragen zu stellen. (...) Ein Moment, in dem ich spürte, wie Erzählungen dekonstruiert wurden, war, als eine der Israel\*innen sagte: „Wir wachsen mit der Angst auf, dass wenn ihr ganz Palästina, vom Fluss bis zum Meer, sagt, dies bedeutet, dass für das jüdische Volk nur das Meer bleibt und wir als Jüd\*innen in Israel/Palästina keinen Platz mehr haben. Und wir befürchten, dass es für euch nicht ausreicht, nur Teile Israels zu haben.“ Darauf erwiderte eine Palästinenserin: „Wir sind mit dem Gegenstück der gleichen Erzählung aufgewachsen. Mit all euren Siedlungen, mit Erobern und Besetzen, bleibt uns immer weniger Platz. Wir sind auf einer Seite aufgewachsen, auf der ihr uns töten und vertreiben wollt.“ Als ich beide Geschichten hörte, die dieselben sind, nur aus einem anderen Blickwinkel erzählt, hatte ich das Gefühl, dass keine der Realität entspricht. (...)

Als wir über Lösungen diskutierten, erkannte ich, was gerade in unserer Gruppe geschah: das Teilen des Schmerzes und der Geschichten, das Anerkennen der anderen, dann das Gefühl der Versöhnung und Heilung. Als jede Gruppe eigene Lösungsziele festlegte, waren diese sehr ähnlich (...) Wir konnten die Perspektive der anderen einnehmen und fingen an, die gleiche Sprache zu sprechen. (...) Vor dem Seminar schien mir eine Lösung unerreichbar. Jetzt weiß ich, dass wir Hoffnung brauchen und überzeugt sein müssen, dass Lösungen machbar sind. Denn wenn wir glauben, dass alles „utopisch“ ist, wird es keine Veränderung geben. (...)

## POLIZEIARBEIT MIT TODESFOLGE. EINE RECHERCHE BRINGT LICHT INS DUNKEL

ANGST  
VOR DER  
POLIZEI



Am 17. August 2019, so erklärte der Sprecher der Stader Staatsanwaltschaft, rief ein Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft in Stade aus Angst vor Aman Alizada, einem jungen Geflüchteten aus Afghanistan, die Polizei. Obwohl es laut der Polizei bei ihrer Ankunft „keinen körperlichen Streit“ gab, setzen die Polizist\*innen Pfefferspray ein. Als Aman Alizada darauf, laut Polizeiaussage, nicht reagierte und die Polizist\*innen mit einer Hantelstange angriff, schoss einer der Beamten auf ihn. Aman Alizada starb noch am selben Tag. Er wurde nur 19 Jahre alt.

Aman Alizadas Tod ist kein Einzelfall. Im Jahr 2019 allein sind bereits mindestens sieben Personen im Rahmen eines Polizeieinsatzes gestorben, darunter fünf Persons of Colour. Nun hat auch das Grundrechtekomitee mit einer Recherche begonnen, die das Ausmaß der mangelnden Datenerhebung ersichtlich macht: Zum einen gibt es derzeit kaum öffentlich zugängliche Daten zu Polizeieinsätzen mit Todesfolgen. Jährlich wird zwar eine Übersicht von tödlichen Polizeischüssen von der Bürgerrechtsorganisation CILIP veröffentlicht, bei allen weiteren Todesfällen muss sich die Öffentlichkeit jedoch auf die spärlichen und größtenteils unkritischen Berichte der Medien verlassen. Zum anderen ist es ebenso schwer, Informationen direkt von Polizeibehörden zu erhalten. In Bezugnahme auf das Informationsfreiheitsgesetz hat das Grundrechtekomitee einige Landespolizeibehörden angefragt und um Akteneinsicht und eine Übersicht zu Todesfällen in polizeilicher Obhut gebeten. Die Anfragen wurden, bis auf eine Ausnahme, abgelehnt, teils aber zumindest mit Tipps zur Informationsbeschaffung unterlegt. Nur die Landespolizei Baden-Württemberg stellte eine Übersicht über die Todesfälle der

letzten 10 Jahre bereit. Die weiteren Polizeibehörden oder Innenministerien scheinen selbst nicht einmal über Statistiken zu den durch ihre Beamt\*innen zu Tode gekommenen Menschen zu verfügen und sich entsprechend auch nicht mit dem Problem zu befassen. Das allein wirft Fragen auf.

Seit dem 27. September 2019 gibt es einen ersten Vernetzungsversuch bestehender Initiativen zur Problematik durch die Kampagne „Death in Custody“, die Polizeiarbeit mit Todesfolgen für Persons of Colour aufarbeitet. Der Zusammenschluss besteht aus hauptsächlich Berlin-zentrierten Organisationen, beschäftigt sich aber auch mit bundesweiten Vernetzungsmöglichkeiten. Ein erstes Vernetzungstreffen ist für den 14. März 2020 angesetzt. Das Grundrechtekomitee unterstützt die Kampa-

*Kaum ein Fall von Polizeigewalt, ob mit oder ohne tödliche Folgen, wird ermittelt, noch weniger Fälle schaffen es zu Gericht und nur ein Bruchteil dessen endet mit einer Verurteilung.*

gne mit einer Zusammenstellung öffentlich zugänglicher Informationen zu Todesfällen. „Death in Custody“ will die Geschichten der Getöteten mit Hilfe der Angehörigen (neu) erzählen und sie an die Öffentlichkeit bringen. Bislang gilt die Version der Polizei häufig als die ‚Richtige‘, oder ist die einzig Auffindbare. Dies führt zur Kriminalisierung der Opfer, da diese, um die Polizei zu entlasten, nach ihrem Tod meist selbst als Täter\*innen dargestellt werden. Das Ziel der Kampagne ist, mit Öffent-

lichkeit mehr Druck auf Polizei und Justiz auszuüben und dadurch die Wiederauflösung von zuvor gar nicht, oder nur geringfügig ermittelten Fällen zu bewirken. In ihrer Arbeit bezieht sich die Kampagne auch auf die Erfahrungen von Einzelinitiativen wie der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, die die schon lange einen Zusammenschluss von Angehörigen der Todesopfer ermöglichen und gemeinsam für Gerechtigkeit und Aufklärung kämpfen.

Insgesamt betrachtet, gestaltet es sich zu schwierig, Polizist\*innen zur Rechenschaft zu ziehen. Kaum ein Fall von Polizeigewalt, ob mit oder ohne tödliche Folgen, wird ermittelt, noch weniger Fälle schaffen es zu Gericht und nur ein Bruchteil dessen endet mit einer Verurteilung. Problematisch ist einerseits das geringe öffentliche Wissen zum Thema, andererseits, dass Initiativen, die sich aktiv mit dem Thema befassen, immer wieder auf Barrieren stoßen. Beispiele sind die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Behörden, sowie die starke Zersplitterung bereits vorhandener Informationen. Dennoch ist ein Fortschritt ersichtlich. Mittlerweile gründen sich anlässlich von Todesfällen oft Unterstützer\*innenkreise, um die jeweiligen Fälle und deren öffentliche und behördliche Bearbeitung kritisch zu begleiten. Kampagnen wie „Death in Custody“ führen Einzelinitiativen zusammen und erreichen so eine größere Reichweite. Geringstenfalls ermöglicht dies Angehörigen, ihre Perspektive der Geschichte zu erzählen. Bestenfalls übt dies zusätzlich Druck auf die Behörden aus, so dass Fälle neu untersucht werden oder gar bisher intern gehaltene Informationen an die Öffentlichkeit gelangen.

■ Lina Schmid

Lina Schmid studiert internationales und europäisches Recht und absolvierte ein Praktikum im Grundrechtekomitee.





## PETITIONSÜBERGABE: Bleiberecht statt Ausgrenzung und Illegalität!

Am 23. Oktober haben wir zusammen mit Andreas Wulf von Medico International unsere Forderung nach einem Bleiberecht als Petition dem Deutschen Bundestag übergeben. Mit dabei war auch Ute Finckh-Krämer vom Bund für Soziale Verteidigung als einer unserer Erstunterzeichner\*innen.

MdB Friedrich Straetmanns (Die LINKE) nahm unsere Petition als Mitglied des Petitionsausschusses persönlich entgegen. Beigelegt hatten wir die Namen sämtlicher Unterzeichner\*innen: insgesamt haben 7.492 Bürger\*innen unsere Forderung mit ihrem Namen gezeichnet! Die Liste der Namen umfasste ausgedruckt 128 Seiten.

Viele von Euch haben uns bei der Sammlung von Unterzeichnungen tatkräftig unterstützt. Wir danken Euch allen vielmals für die vielen postalischen Zusendungen zahlreicher Unterschriftenlisten – zusammen ergeben sie einen großen Berg Briefe!

Friedrich Straetmanns erklärte, unsere Petition aus vollem Herzen zu unterstützen. Er werde sich im Bundestag für sie einzusetzen, da jederzeit drohende Abschiebungen mit dem Verfassungsgrundsatz der Menschenwürde nicht vereinbar seien. Wir werden euch über den Fortgang der Petition auf dem Laufenden halten.

Daran, ob sich der Deutsche Bundestag diesen Forderungen anschließen können, wird sich erweisen, wie ernsthaft tatsächlich die Verwirklichung der Menschenrechte in Deutschland betrieben wird, oder ob die Grund- und Menschenrechte zum 70. Jahrestag des Grundgesetzes lediglich als unverbindlicher Wertehimmel abgefeiert worden

sind. Menschenrechtlich ist es wichtig, den Bundestag immer wieder an die Verfassungsgrundsätze zu erinnern, auch wenn kaum eine Aussicht besteht, dass eine Mehrheit der Parlamentarier\*innen unserer Petitionsforderung folgen wird. Wir wollen nicht schweigen, wenn die Menschenwürde angetastet wird.

■ Britta Rabe



v.l. Britta Rabe, Dirk Vogelskamp, MdB Friedrich Straetmanns, Ute Finckh-Krämer, Andreas Wulf bei der Übergabe der Unterschriftenlisten in Berlin. Foto: Michael Starosta

## VERSAMMLUNGSRECHT: KLAGE GEGEN KESSEL IN CHEMNITZ

Unsere Kollegin Michèle Winkler hat Anfang August mit unserer Unterstützung Klage gegen den Freistaat Sachsen eingereicht. Sie war am 1. September 2018 in Chemnitz über mehr als vier Stunden durch die Polizei eingekesselt worden. Die Polizei hielt rund 350 Menschen fest, die im Rahmen der Gegenproteste gegen mehrere Aufmärsche rechter Akteure wie der AfD, Pegida und Pro Chemnitz vor Ort waren. Laut Einschätzung des beauftragten Anwalts C. Mucha gibt es für das Vorgehen

der Polizei in dieser Situation keine Rechtsgrundlage. Die Verwaltungs-klage hat einerseits zum Ziel, die Freiheitsentziehung für rechtswidrig erklären zu lassen und somit das Versammlungsrecht zu stärken. Gleichzeitig soll die politisch zweifelhafte Einsatzplanung der sächsischen Polizei in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt werden: Wenige Tage zuvor fanden an gleicher Stelle rassistische Hetzjagden von Neonazis statt und die Polizei musste zugeben, mit

deutlich zu wenigen Kräften vor Ort gewesen zu sein, um Menschen zu schützen. Am 1. September kam es erneut zu Angriffen: Dokumentiert ist unter anderem, dass mehrere Pressevertreter\*innen bedroht, tätlich angegriffen und verletzt wurden. Die Polizei aber fand Zeit und ausreichend Beamte\*innen, um stundenlang einzukesseln und aufwändige Identitätsfeststellungen durchzuführen.

■ Michèle Winkler



Zur Forderung nach einem Bleiberecht für Geduldete und Illegalisierte gehört die nach der Abschaffung von Abschiebungen und Abschiebehaft. Als Grundrechtskomitee beteiligten wir uns daher an der bundesweiten Demonstration zum Abschiebegefängnis bei Büren am 31. August. Diese bildete den vorläufigen Abschluss der Kampagne „100 Jahre Abschiebehaft sind genug!“, die im Mai mit zahlreichen Protesten und Veranstaltungen begann. Die Kampagne rückte die Dringlichkeit des Themas Abschiebehaft endlich bundes-

Deutschlands größte Abschiebehaftanstalt Büren liegt weit abgelegen im Wald. Zu Fuß braucht es 1,5 Stunden bis zum 8 km entfernten Ort, der keine öffentliche Verkehrsanbindung besitzt. Diese systematische Enträumlichung der Abschiebehaftanstalten isoliert die Menschen und garantiert geringe öffentliche Aufmerksamkeit. Während Politiker\*innen verbreiten, der Aufenthalt in Abschiebehaft sei „Normales Leben minus Freiheit“, erzählen die Berichte von Inhaftierten etwas anderes: Wer nicht kooperiert, wird bestraft.

werden: Keine private Habe, Kleidung, kein Tabak, kein Buch, nicht einmal Bibel oder Koran, kein Telefon, kein Stift, kein Papier, einfach nichts. Die nächste Stufe ist die sogenannte Lebendkontrolle, die alle 15 Minuten durchgeführt wird, 24 Stunden am Tag, an Tiefschlaf ist nicht mehr zu denken. Als nächstes kommt die Sitzwache vor der Zellentür: Permanent wird der Häftling durch ein kleines Fenster beobachtet, auch bei den Toilettengängen.

Die nächste Stufe ist ein besonders gesicherter Haftraum ohne Fenster, eine Schaumstoffmatratze, ein Schaumstoffstuhl und eine Toilette bilden die Einrichtung plus zwei Videokameras, die alles beobachten. Das Schlimmste ist jedoch, dass man in dem Raum nackt untergebracht wird – notfalls mit Gewalt. Die letzte Stufe besteht aus einem ein mal zwei Meter großen Holzrahmen, an den der Gefangene nackt und mit Händen und Füßen gefesselt wird – dem Anstaltspersonal völlig ausgeliefert.

Um mit den Worten von Frank Gockel von der Initiative „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren“ zu enden: Es gibt viele Gründe gegen Abschiebehaft zu sein. Die Folter der Isolationshaft und der Fesselung ist nur einer davon. Niemals, NIE, sollte so mit Menschen umgegangen werden.

■ Britta Rabe

## FÜR EIN ENDE DER ABSCHIEBEHAFT. 100 JAHRE SIND GENUG!

weit in den Fokus: Inzwischen verfügt fast jedes Bundesland über einen eigenen Abschiebeknast oder plant den Bau eines solchen. Die Haftplätze sollen deutschlandweit bis 2022 auf rund 1.300 verdoppelt werden. Darüber hinaus sollen mit dem Hau-ab-Gesetz (im Orwell'schen Sprech der Bundesregierung euphemistisch „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ genannt) Haftplätze auch im normalen Strafvollzug angesiedelt werden können – entgegen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. In Abschiebehaftanstalten wird Menschen ihre Freiheit entzogen, um einen bloßen Verwaltungsakt, den der Abschiebung, durchzusetzen. Sie haben gewöhnlich weder gegen Normen noch Regeln verstoßen, sprich, sie sind im umgangssprachlichen Sinn nicht kriminell geworden.

Die Definition der Nicht-Kooperation erscheint dabei willkürlich. Als Strafdienen vielfältige Verbote, wie ein Redebeitrag der Initiative „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren“ am 31. August eindrücklich schilderte: Einkaufsverbot, Leseverbot, Fernsehverbot, Freizeitverbot, Wegnahme von Gegenständen, Telefonverbot und Besuchsverbot sind allgegenwärtige Sanktionen. Gegen Menschen, die sich aufgrund einer psychischen Erkrankung nicht in den Haftalltag eingliedern können oder Menschen, von denen eine „Bedrohung“ ausgeht, wird – sicherlich nicht nur in Büren – Isolationshaft verhängt. In Büren existieren darüber hinaus weitere Sanktionsmittel: Neben der Isolationshaft können als nächste Stufe in der Isolationszelle alle privaten Habseligkeiten entzogen

Weitere Informationen zum Abschiebeknast Büren und zur Kampagne:  
[www.100-jahre-abschiebehaft.de](http://www.100-jahre-abschiebehaft.de)

## „DASS ES SO WEITER GEHT, IST DIE KATASTROPHE“

Wir wollen keine Endzeitstimmung heraufbeschwören, die gewöhnlich nur lähmend wirkt und hierzulande noch behaglich genossen werden kann. Wir halten es dagegen mit Walter Benjamin: „Dass es ‚so weiter‘ geht, ist die Katastrophe.“

Und danach sieht es wohl aus nach dem desaströsen Klimapaket der großkoalitionären Bundesregierung: die „Menschheitsaufgabe Klimaschutz“ wurde kleingearbeitet zugunsten kapitalmächtiger Industrien und automobilwählerklintel. Darin, dass das kleinmütige Maßnahmenbündel des Klimakabinetts weit davon entfernt ist, die im Pariser Abkommen (2015) völkerrechtlich verbindlich vereinbarten Klimaziele zu erreichen, sind sich Klimawissenschaft und Klimagerechtigkeitsbewegung einig. Wie aber soll es nun weiter gehen mit der anstehenden „sozialökologischen Transformation“ dieser Gesellschaft? Weiter wie bisher?

Heiko Maas warnte im September auf der UN-Generaldebatte in New York, die Kriege der Zukunft werden Klimakriege sein.

„Die Welt wacht auf  
und die Veränderung wird kommen,  
ob Sie es wollen oder nicht.“

Greta Thunberg

Es dürfte heute einsichtig sein, dass dabei, wie in den wohlhabenden Staaten Güter global hergestellt und verteilt werden, systematisch auf billige Arbeitskraft und Natur weltweit – vor allem aus dem globalen Süden – ausbeuterisch zurückgegriffen wird. Die immense Ressourcen verschlingende und Umwelt belastende Produktions- und Lebensweise der kapitalistischen Gesellschaften trägt wesentlich zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Ulrich Brand und

einen menschenrechtsgemäßen Schutz der Menschen auf der Flucht vor den klimabedingten Verwüstungen und Kriegen auszeichnet.

### OPTIMISMUS OPPOSITIONELLER PRAXIS

Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg hielt, emotional aufgewühlt, vor zahlreichen Staats- und Regierungschefs auf dem UN-Klimagipfel am 23. September eine bewegende Rede: „Menschen leiden. Menschen sterben. Wir befinden uns im Anfang eines Massenaussterbens, und alles, woran ihr denken könnt, sind Geld und Märchen von ewigem Wachstum. Wie könnt ihr es wagen!“ Und sie fährt anklagend fort, wie man nur so tun könne, als ob man der Klimakrise mit ein paar technischen Lösungen beikommen und ansonsten so weitermachen könne wie bisher.

Tage zuvor (und danach) waren weltweit Millionen von Menschen auf den Straßen, um sich am globalen Klimastreik zu beteiligen, mit dem die jeweils politisch verantwortlichen Regierungen zu mehr klimapolitischen Anstrengungen bewegt werden sollten. Ihr Versagen ist jedoch eklatant. Weltweit sind im Jahr 2018 die CO<sub>2</sub>-Emissionen wieder angestiegen – um 2,7%. Es hat nicht den Anschein, als ob die junge Klimabewegung so schnell von ihrem Protest abließe. Mit vielfältigen Aktionen stört sie den eingefahrenen politischen Betrieb des Weiterwiebisher. Dieser reagiert noch irritiert, vereinnahmend lobend oder herablassend reaktionär. Man mag die hohe Emotionalität der jungen Menschen angesichts der absehbaren Klimakatastrophe altersweise belächeln, aber in Verbindung mit dem exzellenten Wissen der Akteure über Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels entsteht eine praktisch orientierte Bewegung, die bislang eine rasante politische Dynamik zu entfachen vermochte. Eine sozial gerechte und ökologische Wende wird wohl nur gegen die globale Kapitalherrschaft und ihre stützende Politik erkämpft werden können. Die Klimagerechtigkeitsbewegung, die ein auskömmliches Leben für alle Menschen auf diesem Planeten – ohne Ausbeutung von Mensch und Natur – anstrebt, macht Mut.



Global Climate Strike in Guwahati, Assam, Indien. Foto: dpa

### DIE KLIMAKRISE HAT EINE GLOBALE KLASSENDIMENSION

Bereits heute wirkt sich der menschengemachte Klimawandel verheerend auf die Überlebensbedingungen von Millionen von Menschen vor allem in den armen Ländern des Globalen Südens aus. Bittere Armut und Ungleichheit, die dauernden Begleiterscheinungen kapitalistischer Weltvergesellschaftung, nehmen infolge der Klimakrise extreme Ausmaße an. Selbst Außenminister

Markus Wissen haben sie als „imperialem Lebensweise“ bezeichnet, in die wir durch unsere konsumintensiven Alltagsroutinen tief verstrickt sind. Es spricht in diesem Kontext vielleicht für sich, dass die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein Ressort mit dem Titel „Protecting our European way of Life“ (Schutz der europäischen Lebensweise) einzurichten beabsichtigt, das u.a. für die Koordination der europäischen Migrations- und Asylpolitik zuständig sein wird, die sich bislang bekanntlich nicht durch

## Inspiration für die nächsten 40 Jahre!

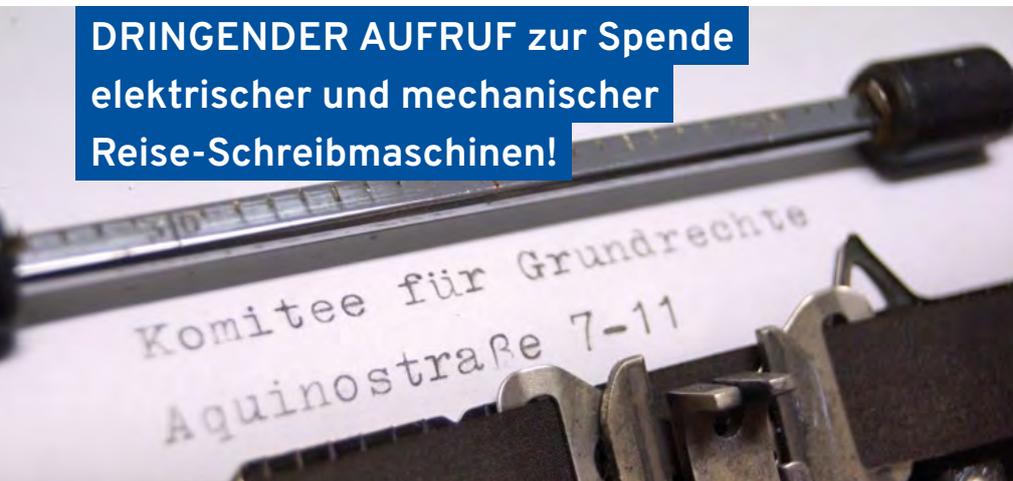
2020 steht ein runder Geburtstag ins Haus – das Grundrechtekomitee wird 40 Jahre alt! Vier Jahrzehnte des Denkens, des Streitens, des Publizierens und auch des Ungehorsams, um der Idee von unteilbaren Menschenrechten und radikal gelebter Demokratie näher zu rücken. So viele große und kleine Projekte, Schriften, Kampagnen, Beobachtungen und vor allem Begegnungen hat es in diesen 40 Jahren gegeben, dass sie jede Menge dicker Jahrbücher, aber auch die Herzen unserer Mitstreiter und Mitstreiterinnen füllen.

Viele von Ihnen und Euch sind uns schon ähnlich lange verbunden, und haben den einen oder anderen Schritt an unserer Seite getan. Um das Jubiläum gebührend zu feiern, aber auch um die Erinnerungen nicht verblassen zu lassen, bitten wir Sie und Euch um schriftliche Beiträge – um Ihre und Eure Komitee-Geschichten. Was verbinden Sie/verbindet Ihr mit dem Grundrechtekomitee? Welches Thema hat Sie/Euch besonders berührt und warum? Welche Rolle spielt das Grundrechtekomitee in Ihrem/Eurem politischen Leben? Wir freuen uns sehr, von Euch



und Ihnen zu lesen – um die ein oder andere Inspiration mit auf den Weg für die nächsten 40 Jahre zu nehmen. Bitte reicht die Texte bis Ende Januar 2020 bei uns ein. Auch Fotos sind willkommen.

## DRINGENDER AUFRUF zur Spende elektrischer und mechanischer Reise-Schreibmaschinen!



### DIE BESTÄNDE FÜR UNSERE AKTION „SCHREIBMASCHINEN FÜR GEFANGENE“ SIND ERSCHÖPFT.

Viele Jahre schon läuft unsere, in Gefängnissen in ganz Deutschland beliebte, Aktion „Schreibmaschinen für Gefangene“. Häftlinge haben häufig nicht die Möglichkeit an einem PC zu arbeiten und freuen sich daher über dringend benötigte Schreibhilfe bei wichtigen Korrespondenzen mit Anwälten und Gerichten etc. Einige Häftlinge berichten uns sogar von Buchprojekten, die sich mit Hilfe der Schreibmaschine endlich verwirklichen ließen.

Seit 2012 haben wir insgesamt ca. 220 Schreibmaschinen per Post an ca. 30 verschiedene JVA's verschickt. Wir danken Ihnen für Ihre bisherigen Spenden und die damit verbundenen Mühen!

Aktuell benötigen wir dringend elektrische Schreibmaschinen ohne Speicherfunktion – die Wartelisten sind lang; manche Häftlinge warten bis zu einem ganzen Jahr auf eine Maschine.

Auch mechanische Schreibmaschinen können wir gut gebrauchen. Diese sollten am besten kleine Koffer-/Reise-schreibmaschinen sein, die leicht und daher günstiger mit der Post zu versenden sind.

Entweder Sie schicken Ihre Maschine mit der Post oder bringend diese im Kölner Büro vorbei. Nähere Informationen erhalten Sie gerne telefonisch von uns.

■ Bettina Jung

### LASTSCHRIFTENEINZUG IM OKTOBER

Die Sicherheitsanforderungen im Online-Banking sind verbessert worden (PSD 2). Wir mussten dazu bestimmte Software-Updates installieren. Deshalb sind die Lastschriften im Oktober für das IV Quartal verspätet abgebucht worden. Wir bitten um Euer/Ihr Verständnis.

## DATENSCHUTZ

Zum Datenschutz gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung: Wir halten gerne mit Ihnen Kontakt: Ihre Daten (Postanschrift) haben wir ausschließlich gespeichert, um Ihnen unseren Newsletter (ggf. Spendenbescheinigungen) zuzusenden. Es ist selbstverständlich, dass wir Ihre Daten nicht weitergeben werden. Sie können jederzeit Ihre Einwilligung, den Newsletter von uns zu erhalten, über die Anschrift und Kontaktdaten der Geschäftsstelle widerrufen und die Löschung Ihrer Adressdaten verlangen. Ebenso erteilen wir Ihnen jederzeit Auskunft, welche Daten wir von Ihnen gespeichert haben.

## GRUNDRECHTE KOMITEE.de

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Aquinostraße 7-11  
50670 Köln

Telefon 0221 97269 -30  
Fax 0221 97269 -31

info@grundrechtekomitee.de  
www.grundrechtekomitee.de

IBAN DE76 5086 3513 0008 0246 18  
BIC GENODE51MIC

### Redaktion

Britta Rabe, Michèle Winkler  
und Dirk Vogelskamp

### Layout

Bettina Jung • boo graphics  
www.boographics.de